



Im Publikum beim jüngsten Vortrag der GSP saßen erneut viele Schülerinnen und Schüler, die dem Vortrag von Militärpfarrerin Daniela Fricke lauschten.

Fotos: GSP

Vortrag der Gesellschaft für Sicherheitspolitik im Dionysianum dreht sich um Krieg

Niemals gerecht, aber gerechtfertigt

Münsterländische Volkszeitung vom 02.05.2026 (C) Altmeppen Verlag ; alle Rechte vorbehalten

RHEINE. „Frieden ist immer gerecht – bei Unrecht ist kein Frieden möglich“. Mit diesem Eingangsstatement begann Militärpfarrerin Daniela Fricke vom evangelischen Militärpfarramt in Münster ihren Vortrag. Auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) und des Gymnasiums Dionysianum definierte die Theologin vor rund 140 Zuhörerinnen und Zuhörern, darunter wieder etwa 80 Schülerinnen und Schüler, zunächst die Begriffe Gerechter Krieg und Gerechter Frieden. Ein Krieg könne niemals „gerecht“ sein, denn ein Krieg entstehe immer aus Ungerechtigkeit.

In der realen Welt existiere aber Ungerechtigkeit, in der aus diesem Grund derzeit kein wirklicher Frieden möglich sei. Frieden sei aber das zu erreichende anzustrebende Ziel. Im Gegensatz dazu könne Krieg kein Ziel sein. „Ein Frieden ist immer gerecht, ein Krieg jedoch kann nicht gerecht sein.“ In der heutigen Welt könne es aber unter ganz bestimmten, sehr eng gefassten besonderen Bedingungen einen Grund für Staaten und Gesellschaften geben, einen gerechtfertigten Krieg zu führen, sagte sie.

Mit diesen Worten erklärte Daniela Fricke die deutliche Neuausrichtung der evangelischen Friedensethik aus der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) vom November 2025. Ziel dieser ethischen Überlegungen der EKD ist es, sowohl dem christlichen Ideal der Gewaltfreiheit als auch den komplexen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der aktuellen Weltlage gerecht zu werden. Die Bergpredigt Jesu ist und bleibt demnach zentrale Orientierung, aber sie kann keine Gesellschaft organisieren, die auch von Gewalt geprägt ist. Es brauche Gesetze, Gerichte und notfalls auch Militär, um die Gewalt zu stoppen.

Schon Martin Luther diskutierte in seiner Friedensdenkschrift von 1526 die Frage, ob ein Soldat dem christlichen Anspruch gerecht werden kann mit dem Satz „Auch ein Soldat kann in den Himmel kommen“. Luther beschrieb, dass ein Krieg gerechtfertigt sein kann, wenn es ein Verteidigungskrieg ist. Daher kann es schon nach Luther keinen gerechten Krieg geben, wenn dieser durch einen Angriff begonnen wird.



Daniela Fricke betonte das hohe Gut der Demokratie. In ihrem Vortrag ging es vor allem um Krieg und Frieden.

Er legte aber schon damals den Soldaten auch auf, dass diese ihr Gewissen prüfen und im Zweifel auch den Kriegsdienst verweigern sollten.

Mit der Friedensdenkschrift vom November 2025 hat die EKD auf die aktuellen geopolitischen, hybriden, technologischen und klimatischen Herausforderungen reagiert. „Wir müssen die Realitäten sehen, ohne unser Ziel eines gerechten Friedens aus den Augen zu verlieren“, sagte Fricke. Die Friedensdenkschrift der EKD lege vier Dimensionen fest, die jedoch

nicht gleichrangig sind. Jede sei wichtig, aber an vorderster Stelle stehe der „Schutz vor Gewalt“. Dieser Schutz vor Gewalt sei unabdingbare Voraussetzung für alle anderen folgenden drei Dimensionen „Förderung von Freiheit“, „Abbau von Ungleichheiten“ und „Friedensfördernder Umgang mit Vielfalt“.

Die Friedensdenkschrift der EKD macht hier einen Unterschied zwischen dem Individuum und der Gesellschaft, heißt es im Bericht. Sie verwirft zwar den absoluten Pazifismus als politische Theorie, aber auch radikaler

Pazifismus bleibt eine persönliche Entscheidung Einzelner, die nach individueller Abwägung zur Kriegsdienstverweigerung und einem gesellschaftlichen Zivildienst führen kann.

Gesellschaften und Staaten seien aber verpflichtet, ihre Bürger vor bösartiger Gewalt zu schützen. Der grundsätzliche Verzicht auf „Gegen“-gewalt könne dazu führen, dass ein Staat seine Bürger nicht vor äußerer Gewalt schützen kann. „Gegen“-gewalt zur Verteidigung müsse das Ziel verfolgen, Gewalt zu beenden und nicht diese fortzuführen oder zu eskalieren. „Daher braucht eine Gesellschaft Menschen, die im Auftrag der Gesellschaft handeln und dabei auch Gewalt ausüben können müssen, z.B. Polizisten und Soldaten.“

Daniela Fricke betonte, welch unfassbar hohes Gut unsere Demokratie darstellt. „Ich möchte, dass ich in Freiheit in dieser Demokratie, die die Menschenrechte, Reise- und Meinungsrechte sicherstellt, weiterleben kann. Jeder muss auf seine Weise dazu beitragen, dass diese Gesellschaft stark genug ist, den leider fragilen Frieden zu wahren.“